

Neue Strukturen bringen Digitalisierung voran

[04.09.2026] Ein Jahr nach der Neuordnung seiner Digitalpolitik zieht Niedersachsen eine positive Bilanz: Zuständigkeiten wurden neu geordnet, Strukturen geschaffen, wichtige Fortschritte sind sichtbar. Nun sollen Verwaltungsdigitalisierung, KI und Cyber-Sicherheit weiter vorankommen.

Im September 2025 hat Niedersachsen die Digitalisierungszuständigkeiten im [Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung](#) (MI) gebündelt. Dafür wurde eine neue Abteilung geschaffen und mit Anke Pörksen eine Digitalisierungsstaatssekretärin berufen ([wir berichteten](#)). Zuvor waren die Themen in unterschiedlichen Bereichen oder Ministerien verteilt. In der neuen Abteilung sind nun seit einem Jahr wesentliche zentrale Themenstränge zur Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung, aber auch zur Finanzierung zusammengefasst. Hinzugekommen ist außerdem die Fachaufsicht über den landeseigenen IT-Dienstleister IT.Niedersachsen. Durch diese Bündelung konnten nach Angaben des Niedersächsischen Innenministeriums wichtige Etappenziele erreicht und weitere Schritte für eine schnellere Digitalisierung eingeleitet werden.

Klare Strukturen, neue Technologien und mehr Sicherheit

Die neu geschaffene Abteilung 4 im MI soll vor allem den digitalen Kontakt von Menschen und Unternehmen mit der Verwaltung schneller und effizienter machen. Keine kleine Aufgabe: Es gilt die heterogene IT-Landschaft im Land zu konsolidieren, Geschäftsprozesse zu vereinfachen und einen Rahmen zu schaffen, der die Komplexität der anschließenden Digitalisierung reduziert. Zudem müssen innovative Technologien wie Künstliche Intelligenz und Robotic Process Automation stärker in die Anwendung gebracht werden, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und zu automatisieren. „Aufgrund der steigenden Bedrohungslage und der rasanten technologischen Entwicklung muss zudem der Erhöhung der Cybersicherheit und der Sicherstellung einer möglichst weitgehenden digitalen Souveränität eine immer höhere Wichtigkeit beigemessen werden“, betont die Digitalisierungsstaatssekretärin.

Erfolge nur gemeinsam

Erste Erfolge im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung sind bereits messbar: Im Bitkom-Länderindex 2026 verbessert sich Niedersachsen im Bereich Governance und Verwaltung gegenüber 2024 von Rang 12 auf Rang 4. Auch im Dashboard Digitale Verwaltung, das anzeigt, für wie viele Verwaltungsleistungen flächendeckend Onlinedienste verfügbar sind, steht Niedersachsen nun auf Platz 4 – im September 2025 war es noch der Platz 11.

„Diese und hoffentlich weitere Fortschritte lassen sich nur gemeinsam und im engen Schulterschluss mit Kommunen, Bund und IT-Dienstleistern sowie mit den Ministerien erreichen. Öffentliche Verwaltung und Wirtschaft müssen durch geeignete Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort begleitet werden. Gerade in kleineren Kommunen fehlen vielfach die personellen Kapazitäten und das spezifische Know-how im Bereich der Digitalisierung“, betont Anke Pörksen. Auch der Cybersicherheit und der Sicherstellung einer möglichst weitgehenden digitalen Souveränität müsse eine höhere Wichtigkeit beigemessen werden.

Die nächsten Ziele

Die im ersten Jahr erzeugte Dynamik in der Digitalisierung soll in den kommenden Monaten gemeinsam mit allen Ministerien, den Kommunen, dem Bund, den IT-Dienstleistern und weiteren Partnerinnen und Partnern weiter gesteigert werden, heißt es vom MI, das damit unter anderem auf den flächendeckenden Roll-out wichtiger Verwaltungsleistungen mithilfe der Taskforce Niedersachsen Bezug nimmt ([wir berichteten](#)). Das schon jetzt erfolgreiche Konzept soll auf weitere Themenfelder wie den Roll-out der EUDI-Wallet oder die Integration unter den Cybersicherheitsschutzschirm AEGIS erweitert werden. In der Landesverwaltung sollen zudem Technologien wie Künstliche Intelligenz und Extended Reality (XR) – also Anwendungen mit erweiterter oder virtueller Realität – stärker in Prozessabläufe integriert werden, um Beschäftigte zu unterstützen. 2027 wird Niedersachsen den Vorsitz im IT-Planungsrat übernehmen. Im Mittelpunkt soll dabei die Umsetzung zentraler Komponenten des D-Stacks stehen. Die gemeinsame Technologieplattform soll künftig die Grundlage für die Verwaltungsdigitalisierung von Bund, Ländern und Kommunen bilden.

(sib)

Stichwörter: Politik, Niedersachsen